

Narodna in univerzitetna knjižnica
v Ljubljani

44379

DER WEG

ZUM WELTFRIEDEN

IM JAHRE 1913.

PAZIFISTISCHE CHRONIK

ZUSAMMENGESTELLT

VON

ALFRED H. FRIED.

BERLIN · WIEN · LEIPZIG

VERLAG DER FRIEDENS-WARTE.

Unsere Bilanz.

Der hier vor fünf Jahren zum ersten Mal unternommene Versuch, aus der Zusammenstellung gewisser Vorkommnisse und ihrer Daten die ununterbrochene Vorwärtsbewegung der pazifistischen Entwicklung festzustellen, hat in weiten Kreisen solchen Anklang gefunden, daß es dem Herausgeber schwer fallen würde, diese bereits zur Gepflogenheit gewordene Veröffentlichung wieder einzustellen. Schwer auch deshalb, weil bei den nach einem Triumph lüsternen Gegnern unserer Bewegung sicherlich der Anschein erweckt werden würde, als wären die unseren Fortschritt verkündenden Daten weniger zahlreich geworden oder andere Umstände eingetreten, die es uns ratsam erscheinen ließen, von einer öffentlichen Darlegung unserer „Bilanz“ abzusehen.

Gerade der Umstand, daß auf einem uns Mitteleuropäern besonders naheliegenden Fleckchen Erde das Gewaltsystem furchtbare Erschütterungen hervorgerufen hat, macht es uns zur Pflicht, zu zeigen, daß die Entwicklung der Menschheit zu einer vernünftigen Ordnung ihres Zusammenlebens zwar noch auf Widerstände stößt, zuweilen arg besudelt, aber in ihrem Fortschreiten doch nicht mehr aufgehalten wird. Im Gegenteil! Solch traurige Ereignisse wie der Balkankrieg in seinen verschiedenen Wandlungen sind in ihrer Rückwirkung von katalytischem Einfluß. Und wenn der Tod der Hunderttausende, die heute den blutgedüngten Boden der Balkanhalbinsel decken, wirklich einen Zweck gehabt hat, so ist es nicht jener, den ein falsch verstandener Patriotismus ihnen gesetzt hat, sondern der viel höhere, daß dadurch den Kurzsichtigen und Kurzdenkenden die Ergebnislosigkeit des kriegerischen Verfahrens und die Hohlheit der kriegerischen Phrase klargemacht worden ist.

Wollte man heute mit Hilfe des amtlichen Apparates in allen Ländern eine Abstimmung veranstalten über die Gesinnung der Völker in bezug auf den Krieg, so würde es sich in erschütternder Weise dartun, wie sehr gerade die Ereignisse der zwei letzten Jahre zu einer allgemeinen Verurteilung des Kriegssystems und zur Erhöhung des Kredits der pazifistischen Idee beigetragen

haben. Die Menschheit ist heute in ihrer unendlichen Mehrheit pazifistisch gesinnt, und es ist falsch, den Umfang dieser Gesinnung nach der Anzahl der in den Friedensgesellschaften eingeschriebenen Mitglieder berechnen zu wollen. Der Pazifismus ist keine Vereinsangelegenheit mehr; er ist der Gedanke der Zeit geworden, die Aufgabe des Jahrhunderts, an der man mitarbeitet, auch wenn man keinen Monatsbeitrag dafür leistet, an der — einem Gesetz der Entwicklung folgend — selbst die Gegner mitarbeiten. Denn der Druck, den sie ausüben, gibt den Vertretern der Idee erst die richtige Spannkraft zum Gegendruck. Es liegt Trost in dieser Erfahrung. Wenn daher auch zuweilen die Ereignisse den Ausblick verdüstern; zur Zaghaftheit ist da kein Grund. Auch der Rückschritt ist ein Vehikel des Fortschritts.

In erster Linie sind aber die Tatsachen unsere Mitarbeiter. Könnten sie etwas anderes bewirken als eine Auflehnung der Geister gegen den Wahnsinn der heutigen Politik, wenn man z. B. die Rohbilanz dieses Balkangemetzels zieht? Die Verluste an Menschen und Geld stellen sich ungefähr folgendermaßen dar:

Tote und Verwundete:	Kosten (in Francs):
Bulgarien . . . 140 000	2 250 000 000
Serbien . . . 70 000	1 250 000 000
Griechenland . . 30 000	625 000 000
Montenegro . . . 8 000	25 000 000
Türkei 100 000	2 000 000 000
Insgesamt 348 000	6 150 000 000

Dafür haben an Land gewonnen:

Bulgarien	ca. 15 000 qkm
Serbien	„ 39 000 „
Griechenland	„ 56 000 „
Montenegro	„ 5 900 „

Selbst wenn man die Menschenleben mit nichts in Rechnung stellt und auch die übrigen Verluste, die durch die Erschütterung des Wirtschaftslebens in der gesamten Welt zutage traten, nicht berechnet, erscheinen diese 116 000 Quadratkilometer mit je 52 000 Fr. (ungefähr) zu teuer bezahlt. Dabei muß man bedenken, daß, abgesehen von den fiskalischen Gütern eigentlich nichts Greifbares erworben wurde, denn der größte Teil des Landes gehört doch den Bewohnern, die in ihrem Privatbesitz verbleiben. An den Zinsen dieser Kriegskosten und an den Lasten, die die Verteidigung des Eroberten mit sich bringen werden, werden die Völker der Balkanhalbinsel überdies Jahrzehnte zu tragen haben. Die alte pazifistische Lehre, daß sich der Krieg wirtschaftlich nicht mehr bezahlt macht, die jetzt Normanng Angell so geschickt in den Vordergrund stellt und mit so großem Nachdruck

vertritt, wird an diesen Tatsachen eine lebendige Illustration erhalten.

Allmählich beginnt man ja auch über jene wirtschaftlichen Veränderungen nachzudenken, die die Kulturwelt immer mehr und mehr bedrücken: so über die steigende Richtung der Lebensmittelpreise und über die Geldteuerung, die sich zu einer immer größer werdenden Kalamität auswächst. Auch hierbei haben wir das Ergebnis der ungeheuren Verschwendung an Kapital durch die zahlreichen Kriege und die ungeheuren Rüstungen, wie der Londoner „Economist“ richtig ausführt. Dieses führende Wirtschaftsorgan erinnert daran, welche Summen auf diese Weise seit 1899 dem produktiven Markt entzogen wurden. Danach haben gekostet:

Der Burenkrieg	5 000 000 000	Mark
Der russ.-japan. Krieg	8 000 000 000	„
Der italo-türk. Krieg	800 000 000	„
Der Marokkokrieg und die dadurch bedingte Verstärkung der französischen Rüstungen	1 000 000 000	„
Der deutsche Wehrbeitrag	1 000 000 000	„
Die russische und die österreich. Mobilisierung nebst Rüstungsvermehrung	1 200 000 000	„
Der Balkankrieg	4 800 000 000	„

Insgesamt also ungefähr 22 Milliarden M., die in einem Zeitraum von bloß 15 Jahren lediglich durch diese Ausgaben der Wirtschaft entzogen wurden, gar nicht zu sprechen von den Milliarden, die durch die stetig steigenden normalen Rüstungsausgaben unproduktiv verausgabt werden. Man darf sich füglich nicht wundern, wenn das Geld teuer wird, die Lebensmittel fast unerschwinglich werden und Handel und Wandel gelähmt erscheinen. Wer nur ein wenig rechnen kann, wird diese Propaganda der Tatsachen, die mit zwingender Gewalt auf eine baldige Abänderung des gegenwärtig herrschenden zwischenstaatlichen Systems hinweisen, auf sich einwirken lassen müssen.

Daß diese Propaganda ihre Wirkung nicht versagt, haben wir im verflossenen Jahre deutlich aus dem Munde vieler Staatsmänner vernommen. Namentlich die Mitglieder des liberalen Kabinetts in England haben mit ihrer Meinung nicht zurückgehalten. Lloyd George hat in richtiger Würdigung der Verhältnisse erklärt, daß Deutschland, Frankreich und England das Geld, das sie für die Flottenrüstungen ausgeben, mit gutem Rechte ebenso in die Nordsee versenken könnten. Und Mr. Churchill, der Lord der englischen Marine, hat zweimal in diesem Jahre den Vorschlag gemacht, im Flottenbau wenigstens ein Jahr lang zu pausieren; ein Vorschlag, der fast einstimmig den Beifall des amerikanischen Repräsentantenhauses fand. Im offiziellen Deutschland hat er zwar keine Zustimmung gefunden,

doch hat auch hier der Ministerpräsident Bayerns, Freiherr von Hertling, im Landtag öffentlich erklärt, daß das deutsche Volk auf Jahre hinaus Ruhe haben müsse mit den fortwährenden Rüstungen und endlich einmal ein Stillstand eintreten müsse. Das bedeutet zwar noch keine Verminderung um eine Mark, aber doch immerhin einen Anfang. Früher galten ja die Rüstungen in Deutschland als etwas undiskutables; heute hört man auch dort schon zuweilen aus den Kreisen der Regierenden eine Verurteilung des Systems. Auch fängt man an, über die Möglichkeit einer Abhilfe, die man früher glatt abgelehnt hat, nachzudenken. Die Zustimmung einer Formel 16:10 für das gegenseitige Rüstungsverhältnis zwischen England und Deutschland, die der deutsche Marineminister v. Tirpitz im Reichstag kundgegeben hat, ist dafür bereits ein verheißungsvolles Anzeichen. Wenn man diese Möglichkeit zugibt, kann man spätere, noch wichtigere nicht mehr für ganz ausgeschlossen erklären. In zwei Jahren wird die dritte Haager Konferenz zusammentreten, und es ist abzuwarten, ob die Regierungen wieder in der Lage sein werden, der allgemeinen Verurteilung zum Trotz, über diese wichtigste Frage hinwegzugehen.

Als das größte Ergebnis dieses Jahres ist es doch zu vermerken, daß der Brand auf dem Balkan nicht auf Europa hinüberspringen konnte. An Leuten, die es so gewollt hätten, hat es sicherlich nicht gefehlt. Die Sittlichkeit ist in der noch immer kontrollos ihr Handwerk betreibenden Diplomatie nicht so groß, daß wir auf ihr unser Gebäude errichten möchten. Es sind auch nicht allein die Rüstungen, die den Krieg schließlich verhindert haben. Ohne weiteres ist zuzugeben, daß sie das Verantwortungsgefühl stärken, daß sie das Risiko vermehren und dadurch im entscheidenden Augenblick für die Kriegsvermeidung wirken. Aber das würde schließlich auch nicht ausreichen, wenn nicht noch eine andere Kraft ihren Einfluß geltend machen würde. Es ist die erst zur Hälfte entwickelte Staatenorganisation, die bereits kriegsvermeidend wirkt. Zu einem Staatensystem hatten die europäischen Mächte noch nicht die Kraft, sich aufzuraffen. Sie würden dann bewußt den Krieg ausgeschaltet haben. Vorläufig ließen sie sich von den Ereignissen schieben, und diese haben sie bis jetzt statt zu einem Staatensystem zu zwei solchen Systemen getrieben. Der Wettbewerb dieser beiden in Europa bestehenden Staatengruppen zeitigt heute alle Gefahren; aber es ist auch die Kraft zu ihrer Ueberwindung durch ihn gegeben. Kein Staat kann mehr unabhängig seine eigene Politik betreiben, wodurch die Wirksamkeit der kriegerischen Elemente innerhalb eines jeden Staates beschränkt wird. Jeder Staat muß Fühlung nehmen mit seinen Gruppengenossen, und darin liegt eine kriegshemmende Macht. Es erscheint

schlechterdings ausgeschlossen, daß ein und derselbe Konfliktstoff von zwei oder mehreren Staaten gleichzeitig so schwer empfunden wird, daß er von allen als Rechtfertigung eines Krieges angesehen werden kann. Es wird darum innerhalb dieser Gruppen immer einen Genossen-Staat geben, der sein oberstes Interesse darin erblicken wird, in einem gegebenen Streit des anderen Genossen nicht mitverpflichtet zu werden. Wie seltsam! Die „Pflicht zur Vermittlung“ wollten sich die Diplomaten von den Haager Abmachungen nicht diktieren lassen. Aber die Dinge sind stärker als die Menschen, auch als die Diplomaten. Sie schufen den „Vermittler aus eigenem Interesse“, indem sie die europäischen Mächte zu Bündnisgruppierungen zwangen. Das ist schon die Wirkung der noch nicht vollendeten, der halben Staatenorganisation; und man kann sich danach vorstellen, welche Wirkungen erst die vollendete Organisation haben wird, wenn aus dem Zweibund und dem Dreiverband der Sechsbund erstanden sein wird.

Daß dieser allgemeine Bund bewußt herbeigeführt werden wird, ist bei der heute vorherrschenden diplomatischen Methode kaum zu erwarten. Gerade die Ereignisse des letzten Jahres haben dies augenscheinlich erwiesen. Das Vorgehen Rumäniens, das die Verlegenheit seines Nachbars ausnützte, um ihm ohne Schwertstreich seine fruchtbarsten Gebiete wegzunehmen, das Vorgehen Bulgariens, das gegen Oesterreich einen Geheimvertrag abschloß, um sich dann dennoch unter den Schutz der Donaumonarchie zu stellen, das famose Vorgehen Italiens gegen die Türkei, all das sind Vorkommnisse, die anders denn als Fäulniserscheinungen kaum zu begreifen sind. Von einer Diplomatie, die solches tut und solches zuläßt, ist bewußtes Eintreten für einen Kulturfortschritt nicht zu erwarten. Sie wird zu deren Erfüllung wieder nur unbewußt getrieben werden. Daß dieser mechanische Treibeprozess bereits wirkt, konnten aber diejenigen sehen, die die Vorkommnisse auf ihre Zusammenhänge zu untersuchen imstande sind. Die Londoner Botschafterkonferenz war bereits ein embryonales Organ des künftigen Europa, und der englische Admiral, der vor der montenegrinischen Küste „im Namen Europas“ sprach und an der Spitze einer „europäischen Flotte“ stand, war auch ein Zeichen des Kommenden. Und wenn der britische Lordkanzler, Viscount Haldane, in seiner berühmten Montreal-Rede von der Entwicklung der Sittlichkeit in der Politik sprach, so hat er damit auch nicht Unrecht gehabt. Wir leben eben in einer Zeit der Dämmerung; neben der Finsternis der abziehenden Nacht sehen wir auch das Anbrechen des Lichts. Trotz des geschilderten Wiederauflebens des skrupellosesten Macchiavellismus' sehen wir doch auch schon die andere Auffassung sich geltend machen, die Haldane in der erwähnten Rede in folgenden Worten zum Ausdruck brachte:

„Es sind Anzeichen vorhanden, daß bei den besten Menschen der besten Völker allmählich das Verlangen nachläßt, in einer lediglich von egoistischen Forderungen erfüllten Welt zu leben und bei jeder Gelegenheit das Diktum „Alles eins, ob Recht oder Unrecht, wenn es sich um mein Vaterland handelt“ zu verkünden. Die Grausamkeiten des Krieges sind gemildert worden, und wenn die Praxis auch der Theorie nicht immer entspricht, so begegnet der große Grundsatz, daß die Staaten ihren Nachbarn gegenüber Pflichten sowohl wie Rechte haben, keinerlei ernsterer Widerlegung. Dies ist aber der Geist, der sich mit der Zeit zu einer vollen Sittlichkeit entwickeln dürfte.“ So dämmert es. Und daß überhaupt von einem Erwachen internationaler Sittlichkeit nur gesprochen werden kann, ist schon Anlaß genug, den Schmerz über die Sittlichkeitsverletzungen der herrschenden Richtung in der internationalen Politik etwas zu mildern.

Sonst hat das Jahr 1913 uns noch manches gebracht, das wir auf das Aktivkonto der Friedensbewegung stellen dürfen. Während das offizielle Deutschland und mit ihm weite Teile des Volkes in den Jahrhundertenerinnerungen der napoleonischen Kriege schwelgte und auf der Leipziger Ebene das große Völkerschlachtdenkmal errichtete, wurde bescheidener, doch in die Zukunft weisend, im Haag der Palast für den bereits erprobten Schiedshof — ein Völkerrechtsdenkmal — errichtet und feierlich eingeweiht. In Bern sahen wir zum ersten Mal deutsche und französische Parlamentarier zu einer Verständigungskonferenz zusammentreten und den Grund legen für den endlichen friedlichen Ausgleich der beiden schon zu lang voneinander getrennten großen Kulturnationen. In den ersten Oktobertagen erlebten wir in Nürnberg eine Fortsetzung der in Bern begonnenen Arbeit, als dort der französische Senator d'Estournelles de Constant und der deutsche Reichstagsabgeordnete Haußmann die Aussprache über die Notwendigkeit deutscher und französischer Gemeinschaftsarbeit vor mehr als tausend Hörern betonten und gleichzeitig der Grund gelegt wurde zu einer deutsch-französischen Liga. Große Streitfragen sind aufgetaucht, die die Gemüter beunruhigten, die aber dennoch einer ruhigeren Auffassung Platz machten. So der japanisch-amerikanische Streit über die Einwanderung in Kalifornien, der zwischen der Union und Großbritannien entbrannte Konflikt über die Vorzugsbehandlung amerikanischer Küstenfahrzeuge bei der Durchfahung des Panamakanals, und der noch seiner Erledigung harrende Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko. Die aufschiebende Art, mit der alle diese Konflikte seitens der Regierung der Vereinigten Staaten behandelt wurde, ist kennzeichnend für die

dort bereits mit Bewußtsein betriebene Friedenspolitik. Es ist dort richtig erkannt worden, daß es sich nicht in erster Linie darum handeln kann, jeden Konflikt durch Rechtseinrichtungen zur Lösung zu bringen, dazu eignen sich nicht alle Streitfälle, sondern in erster Linie darum, den Konflikten einen solchen Charakter zu geben, daß sie durch vernünftige Mittel — das ist durch Rechtspruch oder Ausgleich — lösbar werden. Der beste Weg dazu ist, die bei jedem Staatenzwist natürlich entstehende Leidenschaft auszuschalten, die der vernünftigen Beilegung am gefährlichsten wird. Dies wird am besten bewirkt durch aufschiebende Behandlung. Während man in Europa gleich die Befürchtung hegt, das „Prestige“ könnte erschüttert werden, wenn man nicht bei jeder Gelegenheit mit dem Säbel rasselt und einen energischen Ton anschlägt, oder es entspreche nicht der „Großmachtstellung“ eines Staates, sich nachgiebig zu zeigen, hegt man in dem geschichtslosen Amerika modernere und vernünftigere Auffassungen. Diese kommen am deutlichsten zum Ausdruck in den seitens des Staatssekretärs Bryan den Haager Vertragsstaaten unterbreiteten neuen Friedensverträgen. In diesen wird der Zwang zur Schiedsgerichtsbarkeit nicht mehr aufgestellt; jedoch eine Verpflichtung, auftretende Streitfälle unter allen Umständen einer Untersuchungskommission zur Prüfung zu überweisen, ehe man sich entschließt, feindselig vorzugehen. Nach erfolgter Berichterstattung seitens der eingesetzten Untersuchungskommission, der bis zu einem Jahre Zeit gegeben wird, steht es dem Staate frei, zu handeln wie er wolle. Das ist die Einfügung der aufschiebenden Methode in das Völkerrecht. Die Untersuchungskommissionen haben daher gar keinen anderen Zweck, als die gefährlichen Leidenschaften auszuschalten und dadurch die Konflikte ihres gefährlichen Charakters zu entkleiden. Am Ende des Jahres 1913 haben nicht weniger als 31 Staaten, mehr als dreiviertel der Welt also, der amerikanischen Regierung mitgeteilt, daß sie mit den Bryanschen Vorschlägen grundsätzlich einverstanden sind.

Die Regierungen der Welt sind auch im vergangenen Jahre fortgefahren, ihre gemeinsamen Angelegenheiten, deren immer neue sich geltend machen, international zu regeln und durchzuführen. In London beriet eine internationale Kommission über die Regelung des Scheckwesens, im Haag fand eine internationale Opiumkonferenz statt, in Frankfurt befaßte man sich mit der Regelung des internationalen Luftrechts, in Bern mit dem internationalen Arbeiterschutz, in Berlin mit der internationalen Bekämpfung der Tuberkulose, in Paris mit der internationalen Vereinheitlichung der Zeit, in London mit einer internationalen Sicherung des Seeverkehrs, in Brüssel mit der internationalen Handelsstatistik und wieder in Bern mit

einer internationalen Regelung des Naturschutzes. So hat trotz aller trennenden Ereignisse die Gemeinschaftsarbeit keinen Stillstand erfahren.

(Wir können mit den Entwicklungsvorgängen zufrieden sein; aber niemals in dem Maße wollen wir zufrieden sein, daß der Ansporn zum Vorwärtstreben verloren gehen könnte. Nachdem wir Rückschau gehalten über das Erlebte und Erreichte, wenden wir uns in heiliger Unzufriedenheit dem noch zu Erreichenden zu. Und deshalb: Vorwärts!

(Wien, 14. Dezember 1913.

Verschiedenes aus der Zeit und aus der Bewegung.

15. Dezember 1912. Die Generalföderation der französischen Arbeiter veranstaltet als Demonstration gegen den Krieg einen 24stündigen Generalstreik. — 17. Dezember 1912. Im österreichischen Abgeordnetenhaus beginnen die Tschechen eine Obstruktion gegen das Kriegsleistungsgesetz. Der Abg. Fresl spricht 18 Stunden. — 18. Dezember 1912. In der italienischen Kammer erklärt der Marquis di San Giuliano, dass der Dreibund für ganz Europa eine Bürgschaft des Friedens ist. — 30. Dezember 1912. Im österreichischen Herrenhaus tritt Frhr. v. Plener für eine Politik der Verständigung Oesterreich-Ungarns Serbien gegenüber ein. — 1. Februar. Zehnte Jahresversammlung der amerikanischen Handelskammer in Berlin. Austauschprofessor Sloane bespricht die Sünden der Presse gegenüber dem Werke der Völkerverständigung. — 5. Februar. Kaiser Wilhelms Rede in Königsberg: „An Stelle kriegerischer Taten ist das segensreiche Friedenswerk getreten ... Nicht kriegerische Taten .. sichern im letzten Ende das Schicksal und die Zukunft eines Volkes, sondern allein die sittliche Kraft.“ — 14. Februar. Hervorragende Amerikaner widersetzen sich der Idee einer Intervention der Vereinigten Staaten in Mexiko und verlangen Bildung einer gemischten Kommission von Gelehrten und Staatsmännern der Vereinigten Staaten wie der amerikanischen Republiken zwecks friedlicher Beilegung der mexikanischen Wirren. — Mitte Februar. Im Wiener Deutschen Klub hält der ehemalige Reichskommissar für Ostafrika, Dr. Karl Peters, einen Vortrag über „die Zukunft Europas“, worin er für einen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß Europas eintritt. — 20. Februar. Poincaré tritt die Präsidentschaft an. — 22. Februar. Der italienische Minister des Aeusseren, Marchese di San Giuliano, spricht im italienischen Parlament über die Weltlage. Seit 43 Jahren keinen Krieg zwischen europäischen Mächten. Bei allen Regierungen starkes Gefühl der Verantwortlichkeit. — 4. März. Der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, tritt sein Amt an. — 6. März. Präsident Woodrow Wilson übernimmt das Ehrenprotektorat des amerikanischen Nationalrats für Frieden und Schiedsgericht. Wilsons erste Handlung als Präsident. — 27. März. Deutsch-italienisches Abkommen über Arbeiterversicherung. — 8. April. In Peking tritt das chinesische Parlament zum erstenmal zusammen. — 23. April. Auf dem Bankett der auswärtigen Presse hielt Premierminister Asquith eine Rede, in der er ausführte, „es gebe auf der Welt keine Macht, die mehr als die Presse geeignet sei, eine internationale Verständigung herbeizuführen“.

— Anfang Mai. Eine Anzahl pazifistisch gesinnter evangelischer Theologen Deutschlands erlässt einen Aufruf an ihre Amtsgenossen, sich der Friedenssache anzuschliessen. — 6. Mai. Die Wiener Freiheitlichen Abgeordneten protestieren gegen eine von Europa sich loslösende Politik der österr.-ungar. Monarchie. — 10. Mai. In New York wird in Gegenwart des deutschen Botschafters und des deutschen Generalkonsuls ein Denkmal für Karl Schurz enthüllt. — 10.—12. Mai. In Paris tagt der VIII. nationalfranzösische Friedenskongress. — 14. Mai. Staatssekretär Bryan erklärte in Washington, dass während seiner Amtsführung von der amerikanischen Union kein Krieg geführt werden würde. — Mitte Mai. Die britischen Delegierten zur Konferenz über die Feier des hundertjährigen Friedens zwischen England und Amerika werden in Amerika mit grossem Enthusiasmus empfangen. — 18. Mai. Der Friedenstag wird in Europa und Amerika von den Friedensgesellschaften festlich begangen. — 20. Mai. Im Londoner Mansion House wird die Jahresversammlung der „Peace-Society“ eröffnet. Der Lord Mayor hält eine Ansprache. Begrüssungstelegramm Sir Edward Greys. — 25. Mai. In Mannheim tagt die Generalversammlung der deutschen Friedensgesellschaft. — 28. Mai. In Berlin wird eine deutsch-schwedische Vereinigung begründet. — 3. Juni. Ein dem amerikanischen Repräsentantenhaus vorgelegter Gesetzentwurf verlangt für fremde Schiffe, ebenso wie für amerikanische, das Recht der freien Durchfahrt durch den Panamakanal, wenn sie in der Küstenschiffahrt tätig sind. — 7.—8. Juni. In Brüssel tagt der erste belgische National-Friedenskongress. — 10.—13. Juni. In Leeds tagt der neunte englische National-Friedenskongress. — 16. Juni. Kaiser Wilhelm feiert das 25jährige Jubiläum seines Regierungsantrittes. Alle Zeitungsartikel und Festreden betonen sein Friedenswerk. — 18. Juni. In der französischen Kammer fordert der Sozialist Fournier die Regierung auf, mit den anderen Staaten die Errichtung eines internationalen Parlaments zu vereinbaren. — 19. Juni. In seinem Dankerlass aus Anlass der Jubiläumsfeier sagt der Kaiser: „Dass dies unter den befruchtenden Strahlen der Friedenssonne geschehen ist, deren Kraft jedes am Horizont auftauchende Gewölk siegreich zerstreut, macht mich besonders glücklich. Ein Herzenswunsch ist mir damit in Erfüllung gegangen.“ — 19. Juni. Kadettenführer Miljukow weist in der Duma auf den Einfluss der pazifistischen Ideen hin, die Europa vor einem Krieg bewahren. — 25. Juni Ratifikation des internationalen Wechselrechtsabkommens im deutschen Reichstag. Staatssekretär v. Jagow: „Die internationale Verständigung und Annäherung wird dadurch gefördert.“ — 16. Juli. Revolution in China. — 16. Juli. Der französische Ministerpräsident Barthou tritt für den Bau eines Tunnels zwischen England und Frankreich ein. — 21. Juli. Beim internationalen Bergarbeiterkongress in Karlsbad schlägt Präsident Smillie von der britischen Bergarbeiterkonföderation vor, bei einem drohenden Kriege einen ausserordentlichen Kongress einzuberufen, der über Massnahmen zur Kriegsabwehr beschliessen solle. — 27. August.

Aus Anlass der Eröffnung des Friedenspalastes promoviert die Leydener Universität vier Ehrendoktoren. — 28. August. Feierliche Einweihung des Friedenspalastes im Haag in Anwesenheit der Königin von Holland. — 29. August. Bei der Enthüllung der Büste Randall Cremers im Haager Friedenspalast appelliert Andrew Carnegie an Kaiser Wilhelm, dass er die Initiative einer Organisierung des Friedens ergreife. — Anfangs September. Die Carnegie-Stiftung entsendet eine internationale Kommission zum Studium der Balkangreuel. — 1. September. In Montreal hält der Lord-Kanzler Viscount Haldane eine denkwürdige Rede über die zunehmende Sittlichkeit in der internationalen Politik. — 1. Oktober. In London wird eine neue Zeitschrift „War and peace“ herausgegeben, die die Lehre Norman Angells vertiefen und verbreiten will. — 15. Oktober. Abhaltung einer Konferenz pazifistischer Pastoren in Berlin anlässlich der Jubiläumstagung des Deutschen Protestantenvereins. — 27. Oktober. Es gelingt zum erstenmal eine zusammenhängende, drahtlos gesprochene Mitteilung von Europa nach Amerika hinüberzugeben. (Zwischen Hannover und New Jersey auf 6500 km). — 2. Dezember. In einer Jahresbotschaft an den Kongress betont Präsident Wilson, dass wir ein Zeitalter des gefestigten Friedens voraussehen können. 31 Nationen hätten sich zu Verhandlungen über die Bryanschen Schiedsverträge bereit erklärt. — 10. Dezember. Henri La Fontaine in Brüssel und Elihu Root in Washington erhalten den Friedenspreis der Nobelstiftung.

Rüstungen.

Mitte Februar. Ankündigung einer neuen grossen Heeresvermehrung in Deutschland. Eine Milliarde einmalige Kosten. Aufbringung durch eine Vermögensabgabe. — Mitte Februar. Angesichts der angekündigten Heeresvermehrung in Deutschland werden in Frankreich neue Rüstungskredite in der Höhe von 500 Millionen und die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit angekündigt. — 16. Februar. Die russische Duma nimmt ein Gesetz zur Vermehrung der Rüstungen an und drückt den Wunsch nach weiterer Vervollkommnung der Landesverteidigung aus. — 20. Februar. In der belgischen Kammer werden neue Vermehrungen des Heeres, Ausbau der Festungen und Verlängerung der Dienstzeit angekündigt. — 25. Februar. Das amerikanische Repräsentantenhaus lehnt die Regierungsvorlage für den Bau von zwei Schlachtschiffen ab und bewilligt mit 194 gegen 133 nur eines. — Anfang März. In Oesterreich-Ungarn wird eine neue Heeresvermehrung von 50 000 Mann angekündigt. — 3. März. Bryan, der neue Staatssekretär der Vereinigten Staaten, hielt in Raleigh (Nordcarolina) eine bedeutende Friedensrede. Amerika müsse in der Abrüstung ein glänzendes Beispiel geben, um auf jede mögliche Weise für den Fortschritt des Friedens zu-

sammenzuwirken. — Mitte März. Der Vorstand der Deutschen Friedensgesellschaft richtet an den Reichskanzler eine Eingabe, worin darauf hingewiesen wird, dass die neuerlich enorme Belastung durch die neuen Rüstungsförderungen nicht zu dem erwarteten Ziel eines dauernden Friedens führen werde. — 18. März. Der interparlamentarische Rat versammelt sich in Brüssel und veröffentlicht ein gegen die Rüstungen gerichtetes Manifest. — 19. März. Der Ordensrat des Grand-Orient von Frankreich erlässt ein Manifest gegen die Rüstungen und für den Frieden. — 26. März. Lord Churchill macht im Unterhause bei Einbringung des Flottenetats den Vorschlag, dass Deutschland und England ein Jahr lang überhaupt keine Schiffe bauen. — 28. März. Veröffentlichung der grossen Heeresvorlage in Deutschland. Vermehrung um 4000 Offiziere, 15000 Unteroffiziere, 116965 Mann, 27000 Pferde. Ausbau der Festungen und der Luftflotte. 900 Millionen Mark einmalige, 190 Millionen Mark neue dauernde Ausgaben. — 6. April. Die Berliner Sozialdemokratie protestiert in 61 Volksversammlungen gegen die neue Wehrvorlage. — 12. April. Der deutsche Reichstag berät über die Deckungsvorlagen für die neue Heeresvermehrung. — 15. April. Die deutsche Friedensgesellschaft und die ständige Vertretung der französischen Friedensgesellschaften erlassen gemeinsam einen Protest gegen das Wettrüsten. — 18. April. Abg. Liebknecht macht im Deutschen Reichstag mehrere Mitteilungen über die Machenschaften der Rüstungs-Industrie und der Armeelieferanten. — 22. April. Die zweite elsass-lothringische Kammer protestiert gegen die Wehrvorlage im Reichstag. — Mitte Mai. Aus Anlass der beabsichtigten Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich kommt es an verschiedenen Orten zu antimilitaristischen Kundgebungen der Truppen. — 30. Mai. Der kanadische Senat verwirft die Flottengeschenkvorlage. — 6. Juni. Im französischen Parlament bringt Jaurès einen Antrag auf Einführung der Mäliz ein. — 25. Juni. Der Chef des russischen Generalstabes kündigt in der Duma eine bedeutende Verstärkung der russischen Wehrkraft an. — 30. Juni. Die Wehrvorlage und der Wehrbeitrag im deutschen Reichstag angenommen. — 13. Juli. In Paris veranstalten die Sozialisten zum drittenmal eine Massenkundgebung gegen die dreijährige Dienstzeit. — 17. Juli. Oesterreich-Ungarn kündigt eine neuerliche Erhöhung des Rekrutenstandes an. — 19. Juli. Die französische Deputiertenkammer hat das Gesetz über die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit angenommen. — 1. August. Senator d'Estournelles de Constant protestiert im französischen Senat gegen die Einführung der dreijährigen Dienstzeit. — 12. August. Pessimistische Aeusserungen des englischen Schatzkanzlers Lloyd George über die Aussichten einer Rüstungsverminderung. „Ehe nicht vollkommene Verständigung und vollständiges Zusammenarbeiten unter den Ländern hergestellt ist, um den Rüstungen Einhalt zu tun, sei keine Möglichkeit vorhanden, diese einzuschränken.“ — 18. Oktober. In seiner Rede in Manchester wiederholt Lord Churchill seinen bereits im März ge-

machten Vorschlag zur Einführung eines Flotten-Feierjahres zwischen Gross-Britannien und Deutschland. — 27. Oktober. Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Bryan, billigt die Erklärung des Marinesekretärs Daniels, dass die Vereinigten Staaten bereit wären, ihre Schiffsbauten auf ein Jahr zu suspendieren, wenn andere Staaten dem Vorschlag Churchills folgen wollten. — 31. Oktober. Im amerikanischen Repräsentantenhaus tritt Hensley (Missouri) für den Vorschlag Lord Churchills ein. Der Sprecher Clark bezeichnet die gegenwärtige Rivalität im Flottenbau als „Gipfel des Idiotismus“. — 31. Oktober. Im amerikanischen Repräsentantenhaus befürworten der Speaker Clark und der Vertreter Mann den Churchillschen Vorschlag für ein Flotten-Ferienjahr. — 8. November. Lloyd George sagt in Middlesburg, es wäre besser für Deutschland, England, Frankreich, Russland, wenn sie ihre Ausgaben für die Rüstungen in die Nordsee werfen würden, als sie für die fürchterlichen Maschinen und Werkzeuge zur Menschenschlächtereie zu verwenden. — 10. November. Am Lord-Mayors-Bankett teilt Marineminister Churchill mit, daß die Entwicklung der deutschen Flotte und anderer kleinen Marinen von England Ausgaben verlangen werden, die grösser sind als sie das Land sich je in Friedenszeiten auferlegt habe. — 15. November. Marineminister Churchill spricht in einer grossen liberalen Massenversammlung in London über die Flottenrüstungen. „Wieviel Gutes könnte in der Rüstungsfrage ein bisschen guter Wille tun! Nur eine Kleinigkeit trennt uns von dem Zustand eines weltweiten Vertrauens, internationalen Friedens und allgemeinen guten Willens, der all diese bedauernswerten Vorbereitungen unnötig machen oder wenigstens stark einschränken würde. Um wieviel besser könnten wir die Welt gestalten, wenn alle Nationen tatsächlich den Versuch machen wollten.“ — 27. November. In der Volkshalle des Wiener Rathauses findet eine von der österreichischen Friedensgesellschaft einberufene Massen-Protestversammlung gegen die Zunahme der Rüstungen statt. — 29. November. Der bayerische Ministerpräsident, Freiherr von Hertling, sagt im bayerischen Landtag: „In diesen Rüstungen muss Ruhe eintreten auf Jahre hinaus, denn das deutsche Volk ist nicht mehr imstande, weiter solche Lasten auf sich zu nehmen.“ — 30. November. Im amerikanischen Kongress gibt der Marinesekretär Daniels der Hoffnung Ausdruck, dass die Vereinigten Staaten die Initiative zu einer Politik des Ebenmasses in den Seerüstungen ergreifen werden. — Ende November. Auf der Jahreskonferenz der National Liberal Federation in Leeds wird eine Resolution gegen die von Churchill angekündigte Vermehrung der Rüstungen angenommen.

Schiedsgerichtsbarkeit.

4. Januar. Präsident Taft erklärt bei einer Versammlung des „International Peace Forum“, die Panama-Abgaben-Angelegenheit mit England vor ein Schiedsgericht zu bringen. — 4. Januar. Präsident Taft tritt dafür ein, dass die Frage der Panamakanal-Gebühren dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werde. — 21. Januar. Senator Root tritt im amerikanischen Senat für die schiedliche Erledigung des Panamastreites ein. — 15. Februar. Der 1908 zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten abgeschlossene Schiedsvertrag wird in Washington um fünf Jahre verlängert. — 14. März. Der Schiedsvertrag zwischen Grossbritannien und Frankreich wird um fünf Jahre verlängert. — 15. März. Die Trustees der Carnegiestiftung treten in einem öffentlichen Aufruf für die schiedliche Erledigung des anglo-amerikanischen Panamakanal-Streites ein. — 31. März. In dem franco-italienischen Streitfalle über die „Carthage“-„Manouba“-Affäre findet vor dem Haager Hof die erste Verhandlung statt. — 21. April. Staatssekretär Bryan unterbreitet der zuständigen Kommission des amerikanischen Kongresses einen neuen Plan zur Sicherung des Weltfriedens. — 29. April. Staatssekretär Bryan unterbreitet seine Weltfriedenspläne dem Washingtoner diplomatischen Korps. — 6. Mai. Der Haager Schiedshof entscheidet in dem „Carthage“- und „Manouba“-streit zwischen Frankreich und Italien zugunsten Italiens. — 22. Mai. Italien stimmt als erste Regierung dem Bryanschen Friedensvorschlag zu. — 2. Juni. Japan erklärt sich grundsätzlich dazu einverstanden, den Vorschlag Bryans anzunehmen. — 28. Juni. Die Schiedsverträge der Vereinigten Staaten mit Japan, Schweden und Portugal, die demnächst abgelaufen wären, werden in Washington verlängert. — 14. Juli. In seinem dritten Friedensvorschlag befürwortet Staatssekretär Bryan während der Dauer der Untersuchung völkerrechtlicher Streitigkeiten die Erhaltung der Armee und Flotte beider Parteien auf dem Status quo. Die Verpflichtung soll aber aufhören, wenn eine der beiden Parteien von einer dritten Macht bedroht wird. — 6. August. Im englischen Unterhaus interpelliert der Deputierte Barnes über die Vorbereitungen zur III. Haager Friedenskonferenz. — 7. August. Zwischen den Vereinigten Staaten und San Salvador wird der erste Vertrag nach den Plänen Bryans abgeschlossen. — 7. August. Der erste in Uebereinstimmung mit den Bryanschen Vorschlägen verfasste Vertrag wurde zwischen den Vereinigten Staaten und San Salvador abgeschlossen. — 9. August. Die Schweiz nimmt den Bryanschen Friedensplan im Prinzip an. — Anfang November. Die Leitung der Deutschen Friedensgesellschaft befürwortet in einer Eingabe an den Reichskanzler eine Zustimmung Deutschlands zu den Bryanschen Schiedsvertrag-Vorschlägen.

Deutschland und England.

Anfangs Januar. Die Berliner Handelskammer richtet an eine Reihe englischer Handelskammern ein Schreiben, worin sie anerkennt, dass die aufklärende Arbeit in England und Deutschland das Gefühl der Kulturgemeinschaft gefestigt habe. — 27. Januar. Festrede des deutschen Botschafters Fürst v. Lichnowsky in London zur Geburtstagsfeier des Kaisers. Hervorhebung der Gemeinschaft der deutschen und englischen Politik zur Erhaltung des europäischen Friedens. — 30. Januar. Vortrag des Prof. Schulze-Gävernitz in Berlin über die deutsch-englischen Beziehungen. Feststellung der Ergebnislosigkeit eines Krieges für beide Teile, der Notwendigkeit einer Wirtschaftsverständigung und einer Flotten-Kontingenterung. „Der Abrüstungsgedanke insofern als ein gesunder und für uns annehmbarer Gedanke anzuerkennen.“ — 1. Februar. Norman Angell tritt eine auf 14 Tage berechnete Vortragstournee durch Deutschland an. — 7. Februar. In der Budgetkommission des Reichstages erklärt Staatssekretär der Marine, v. Tirpitz, dass er eine Verständigung mit England über die Grösse der Flotte im Verhältnis von 10 zu 16 für die nächsten Jahre für annehmbar halte. — 12. März. Fürst Lichnowsky, der deutsche Botschafter in London, sprach im Verständigungssinne bei einem Festmahl der Vereinigten Londoner Handelskammern. — 11. April. Freundschaftskundgebung zwischen Deutschen und Engländern auf dem Osterbankett der Londoner City in Anwesenheit des deutschen Botschafters. — 29. April. In London findet die II. Jahresversammlung der „Vereinigung der Kirchen Grossbritanniens und Deutschlands zur Förderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern“ statt. Bischof Carpenter präsidiert. — 5. Mai. Eine Abordnung der englischen Freimaurer-Logen kommt zum Besuch der altpreussischen Landeslogen nach Berlin. — 16. Mai. Die „American Association for int. Conciliation“ bringt eine Gratulationsadresse zum Regierungsjubiläum des deutschen Kaisers zur Absendung. — 19. Mai. Kaiser Wilhelm begnadigt die in deutscher Gefangenschaft befindlichen englischen Spione Brandon, Trench und Stewart. — 23. Mai. König Georg von England empfängt in Berlin die englische Kolonie und fordert sie auf, dabei zu helfen, den Weltfrieden zu sichern. — 30. Mai. Prinz Heinrich telegraphiert an den englischen königlichen Automobilklub: „Lasst uns zusammen für Frieden und Freundschaft wirken.“ — 30. Mai. Deutsch-englisches Pressebankett in London in Anwesenheit des deutschen Botschafters Fürst v. Lichnowsky. — 11. Juni. In London wird eine deutsch-englische Ausstellung eröffnet. Eröffnungsansprache des Lord Mayors. — 13. Juni. Deutsche Journalisten werden im englischen Parlament empfangen. — 16. Juni. Andrew Carnegie überreicht im Berliner Königlichen Schloss dem Kaiser die Adresse der amerikanischen Friedensgesellschaften aus Anlass seiner 25jährigen kriegslosen Regierung. — 17. Juni. Eine Deputation des englischen kirchlichen Komitees zur

anglo-deutschen Verständigung unter der Führung des Bischofs Boyd Carpenter überreicht dem Kaiser eine Huldigungsadresse. — 18. Juni. Andrew Carnegie stiftet für das Organ des deutschen kirchlichen Komitees für anglo-deutsche Verständigung 100 000 M. — 27. Juni. Bei dem Jahresfest des Deutschen Hospitals in Dalston pries der Chef der englischen Konservativen, Bonnar Law, in einer überaus herzlichen Rede die Qualitäten Kaiser Wilhelms. — 22. August. Englische Studenten (Mitglieder der War and Peace Society in Manchester) treffen in Heidelberg ein. — Anfangs Oktober. Auf dem englischen Kirchenkongress in Southampton wird die anglo-deutsche Verständigung in nachdruckvollster Weise vertreten. — Ende Oktober. In Berlin findet eine gemeinsame Tagung der britischen und der deutschen König-Eduard-Stiftung statt.

Deutschland und Frankreich.

21. Dezember 1912. In der französischen Kammer sagt der radikale Deputierte François Deloncle: In Europa gibt es einen Mann, dessen Friedensliebe eine feste Bürgerschaft für die Aufrechterhaltung des Friedens bildet: Das ist der Deutsche Kaiser. — Mitte Januar. In Paris werden zwischen deutschen und französischen Pazifisten Vorbesprechungen über die Bildung einer deutsch-französischen Liga gepflogen. — 16. Januar. Im deutschen Reichstag sagt der Abg. Dr. Hägy, die Elsass-Lothringer wünschen die endgültige Sicherung des Weltfriedens. Der Krieg von 1870 sollte der letzte sein. — 1. Februar. In Frankfurt a. M. wird nach einem Vortrage Normann Angells eine Ortsgruppe des „Verbandes für int. Verständigung“ begründet. — 2. Februar. Prof. Ruysen aus Bordeaux spricht neben Prof. Piloty in einer vom Verband für int. Verständigung einberufenen Versammlung in Strassburg über „Die geistigen Faktoren der Annäherung“. — Mitte Februar. Der hervorragende französische Pazifist Prof. Ruysen in Bordeaux wird nach der Rückkehr von seiner Vortragstournee aus Deutschland von chauvinistischen Studenten überfallen. — 1. März. Die deutschen und die französischen sozialdemokratischen Parteien erlassen gemeinsam einen Protest gegen die neuen Rüstungsvermehrungen. — 12. März. Grosse Friedensversammlung in Mülhausen unter Teilnahme aller Parteien. Gegen die Revanche-Chauvinisten, gegen den Krieg, für Lösung der Völkerstreitigkeiten auf friedlichem Wege. — 23.—30. März. 350 französische Kaufleute besuchen Berlin und die Leipziger Messe. — 24. März. Der Parteitag der franz. Sozialdemokratie verwirft in einer Resolution die dreijährige Dienstzeit und tritt für die deutsch-franz. Verständigung ein. — 30. März. Erneute grosse Friedensversammlung in Mülhausen im Elsass, an der Fortschrittler, Zentrumsleute und Sozialisten sich gemeinsam beteiligten. Gegen die Rüstungen, gegen den Krieg, für internationale Verständigung. — 10. April. Ein

Komitee von schweizer Politikern beruft nach Bern eine Konferenz deutscher und französischer Parlamentarier ein zwecks Anbahnung eines besseren Verständnisses beider Völker. — 10. April. Im elsass-lothringischen Landtag protestierten mehrere Abgeordnete gegen den Chauvinismus in Deutschland und Frankreich und gegen den Gedanken an einen Krieg. — 15. April. Zwischenfall von Nancy. Misshandlung einiger Deutscher. — 19. April. Erledigung des deutsch-französischen Zwischenfalles über den Handel von Nancy durch Massregelung der schuldtragenden französischen Beamten. — 2. Mai. Sämtliche Parteien der zweiten Kammer des elsass-lothringischen Landtags haben einen Antrag eingebracht, der sich gegen den Gedanken eines deutsch-französischen Krieges richtet. — 4. Mai. Die in Strassburg vereinigte Delegiertenversammlung der elsässischen Fortschrittspartei tritt für die franco-deutsche Verständigung ein. — 11. Mai. Die deutsch-französische Verständigungskonferenz in Bern verläuft bei nur eintägiger Dauer programmässig. Sie schloss mit einer Resolution zugunsten der Friedensidee, der Abrüstung und der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. — Ende Juli. Deutsche Lehrer werden von der Lehrervereinigung des Seine-Departement eingeladen, einer Generalversammlung beizuwohnen, wo sie von ihren französischen Kollegen auf das lebhafteste begrüsst werden. Der Präsident des französischen Lehrer-Vereins hebt in seiner Begrüßungsrede hervor, dass die Lehrer zu beiden Seiten der Grenze viel für die Sache des Friedens tun und diesen fördern können. — 27. September. Deutsch-französischer Journalistenkongress in Gent. — Ende September. Eine Versammlung der Vorstände der elsässischen Ortsgruppen der deutschen Friedensgesellschaft beschliesst in Colmar die Gründung eines Landesverbandes und die Abhaltung französischer und deutscher Vorträge zur Förderung der Friedensidee. — Ende September. Ein deutsch-französischer Ausschuss mit Ernst Haeckel und Maurice Maeterlinck an der Spitze tritt für den Ausbau einer deutsch-französischen Unterrichtsanstalt ein. — 6. Oktober. Gründung der deutsch-französischen Liga zu Nürnberg. — 7. Oktober. In München findet eine Kundgebung des Verbandes für internationale Verständigung statt, in welcher Baron d'Estournelles de Constant den Gedanken der deutsch-französischen Verständigung entwickelt. — 9. Oktober. Im Rahmen des Verbandes für Internationale Verständigung tritt in Frankfurt a. M. Baron d'Estournelles de Constant für eine deutsch-französische Annäherung ein. — 21. Oktober. Die Leipziger Stadtvertretung beschliesst, die Gruft der in der Schlacht bei Leipzig gefallenen französischen Soldaten fortan am 18. Oktober zu schmücken. — Anfang November. In Paris beginnt eine Monatsschrift zu erscheinen, die sich „Die Versöhnung“ betitelt und sich den franco-deutschen Ausgleich zur Aufgabe macht.

Internationale Veranstaltungen.

13. Januar. In Heidelberg tritt ein internationaler Studentenverein zum erstenmal in die Öffentlichkeit. — Mitte Januar. In Paris tagen die seitens der Interparlamentarischen Union eingesetzten Ausschüsse für die Neutralisierung der Meerengen und für Neutralitätserklärung. — 10. und 11. Februar. Unter dem Vorsitz des Geh. Rats Prof. Niemeyer tagt in Berlin eine internationale juristische Konferenz. — 14./15. März. Sitzung des Rats des Berner internationalen Friedensbureaus in Bern. Erlass eines internationalen Aufrufs gegen die Rüstungen. — 18. März. Sitzung des Interparlamentarischen Rats in Brüssel. — 26. April. Eröffnung der Welt-Ausstellung in Gent. — 3. Mai. Eröffnung der Internationalen Baufachausstellung in Leipzig. — 9. Mai. In London tagt eine Kommission zur Vorberathung eines internationalen Scheckrechts. — 15.—19. Juni. In Brüssel findet der II. Weltkongress der internationalen Vereinigungen statt. — 22. Juni. In Visingsö in Schweden tritt ein internationaler Theosophischer Friedenskongress zusammen. 8. Juli. Zusammentritt der internationalen Opiumkonferenz im Haag. — Ende Juli. Auf dem Pariser Weltkongress für freies Christentum sprechen deutsche, französische, englische und amerikanische Geistliche zugunsten des Weltfriedens. — 3. August. In Bregenz findet aus Anlass der internationalen Zusammenkunft der Sozialisten der Bodenseestaaten eine imposante Friedenskundgebung statt. — 4. August. In Oxford tagt die 28. Versammlung des Institut de Droit international. — 8. August. In London tagt ein internationaler medizinischer Kongress. — 18.—23. August. 20. Weltfriedenskongress im Haag. — 23.—25. August. Freimaurerische internationale Kundgebung für den Weltfrieden im Haag. — 29. August. 8. int. Studentenkongress Ithaca (V. St. Am.). — 3.—5. September. Im Haag tagt die XVIII. Interparlamentarische Konferenz. — 25. September. Tagung des Internationalen Kongresses für Luftrecht in Frankfurt a. M. — Ende September. Tagung der Internationalen Arbeiterschuttkonferenz in Bern. — 1. Oktober. Tagung des Kongresses für internationales Recht in Madrid. — 4. bis 6. Oktober. Tagung des Verbandes für Internationale Verständigung in Nürnberg. — 22. Oktober. Elfte internationale Tuberkulosenkonferenz in Berlin. — Ende Oktober. In Paris tagt eine Internationale Kommission für die Vereinheitlichung der Zeit. — 12. November. In London wird eine int. Konferenz für die Sicherheit auf dem Meere eröffnet. — 14. November. Tagung eines int. statistischen Kongresses in Brüssel. — 14. November. Die in Brüssel tagende int. Konferenz für Handelsstatistik beschliesst die Gründung eines internationalen Bureaus in Brüssel. — 15. November. Entsendung einer int. diplomatischen Kommission zum Zweck der Festsetzung der russisch-persischen und persisch-türkischen Grenze. — 17. November. In Bern tagt eine int. Konferenz für Weltnaturschutz. — 18. November. Int. Zollkonferenz in Paris. — 29. November. Die

Deutsche Vereinigung für internationales Recht veranstaltet in Berlin ihre erste Konferenz. (Thema: Einfluss des Seekrieges auf die Rechtsverhältnisse Privater.)

Monarchen- und Diplomaten-Besuche.

29. Dezember 1912. Der russische Kriegsminister Suchomlinow in Berlin und Dresden. — 1. Februar. Prinz Eitel Friedrich in Bukarest. — 14. Februar. Das Dänische Königspaar in Christiania. — 25. Februar. Das dänische Königspaar in Berlin. — Mitte März. Der Prinz von Wales tritt eine Studienreise nach Deutschland an. — 1. April. Der König und die Königin von Belgien in Paris. — Anfang April. Prinz Heinrich von Preussen in London. — 7. April. Königin Wilhelmine der Niederlande, Prinzgemahl Heinrich und Prinzessin Juliana zum Besuch des deutschen Kaiserpaares in Homburg. — 17. April. Der König von Schweden in Paris. — 7. Mai. Der König von Spanien trifft in Paris ein. — 14. Mai. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow ist in Wien eingetroffen und hatte eine längere Unterredung mit dem Grafen Berchtold. — Mitte Mai. Lord Morley in besonderer Mission in Berlin. — 21. Mai. Zur Teilnahme an den Vermählungsfeierlichkeiten am kaiserlichen Hofe trafen der König und die Königin von England in Berlin ein. — 22. Mai. Zur Teilnahme an den Hochzeitsfeierlichkeiten im Kaiserhause trifft der russische Zar in Berlin ein. — 3. Juni. Prinzregent Ludwig von Bayern und Prinzessin Maria Theresia in Wien. — 11. Juni. Das Königspaar von Norwegen in Kopenhagen. — 24. Juni. Präsident Poincaré in London. — 2. Juli. Das italienische Königspaar zum Besuch des Deutschen Kaisers in Kiel. — 5. Juli. Das italienische Königspaar am Hofe zu Stockholm. — 27. Juli. Der König von Spanien in London. — 29. Juli. König Haakon zum Besuche Kaiser Wilhelms II. in Balholmen. — 31. Juli. In Gegenwart des Kaisers und des Königs Haakon von Norwegen findet die feierliche Enthüllung der vom Kaiser den Norwegern gestifteten Frithjofstatue statt. — 31. August. Der Prinz von Wales in Berlin. — 5. September. König Konstantin von Griechenland trifft in Berlin ein. — 17. September. Der König und die Königin von Griechenland beim englischen Königspaar. — Ende September. König Konstantin von Griechenland trifft in Paris ein. — 6. Oktober. Besuch des Präsidenten der französischen Republik, Poincaré, in Madrid. — 21. Oktober. Der russische Minister des Aeussern, Sasanow, in Berlin. — 25. und 26. Oktober. Kaiser Wilhelm zum Besuch des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand in Konopischt und des Kaisers Franz Josef in Schönbrunn. — Anfang November. König Ferdinand von Bulgarien in Wien. — Mitte November. Der russische Ministerpräsident Kokowzow in Berlin. — Mitte No-

vember. Der österr.-ungar. Thronfolger Franz Ferdinand am Londoner Hofe. — 22. November. König Alfons von Spanien in Wien.

Balkanwirren.

16. Dezember 1912. Erste Sitzung der Friedenskonferenz in London. Sir Edward Grey, Ehrenvorsitzender, eröffnet mit einer Ansprache. — 16. Dezember. Ein aufklärendes Communiqué des öst.-ung. Ministeriums des Aeussern stellt die Affäre des Konsuls Prochaska in Prizrend als harmlos dar. Beruhigung der geängstigten öffentlichen Meinung. — 19. Dezember. Die Londoner Botschafterkonferenz empfiehlt die Autonomie Albaniens. Dadurch Beseitigung der akuten austro-serbischen Kriegsgefahr. — 30. Januar. Abbruch der Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und dem Balkanbund. Kündigung des Waffenstillstandes. — 3. Februar. Wiederbeginn des Balkankrieges. — 8. Februar. Prinz Gottfried zu Hohenlohe überreicht dem Zaren ein Handschreiben des Kaisers Franz Josef, das den Beginn einer freundschaftlichen Lösung der österr.-russischen Spannung bedeutet. — 10. Februar. Der Zarer erwidert das Handschreiben des Kaisers Franz Josef. — Mitte Februar. Die Grossmächte bieten Rumänien und Bulgarien die Vermittlung auf Grund der Haager Abmachungen an. — 19. Februar. Nordböhmische Industrielle richten an den österreichischen Handelsminister eine Petition, worin sie auf die durch die Kriegskrisis geschaffene Notlage hinweisen, „die selbst im Kriegsjahr 1866 nicht so schlimm war“. — 21. Februar. Eine Deputation von Bürgermeistern galizischer Städte bittet den österreichischen Ministerpräsidenten um Abhilfe gegen die durch die Mobilisierung und die Kriegskrise in Galizien herrschende Hungersnot. — 11. März. Die teilweise Demobilisierung der österreichisch-russischen Grenze wird durch ein identisches Communiqué beider Staaten mitgeteilt. — 12. März. Aufforderung der Grossmächte an den König von Montenegro der Zivilbevölkerung von Skutari freien Abzug zu gewähren. — 18. März. Ermordung des Königs von Griechenland in Saloniki. — 24. März. In der Botschafterkonferenz wird eine Verständigung über die nördliche und nordöstliche Grenze Albaniens erzielt. — 26. März. Erstürmung Adrianopels aus Gründen des militärischen Prestiges. Sir Edward Grey bezeichnet es im Unterhause als „unnützes Gemetzel“. — 28. März. Die Grossmächte verlangen in einer Kollektivnote in Cetinje die Einstellung der Feindseligkeiten. — 29. März. Beginn einer internationalen Flottendemonstration gegen Montenegro. Uebernahme des Kommandos durch den englischen Admiral. — 10. April. Boykott-Beschluss der serbischen Handels- und Gewerkekammern gegen österreichisch-ungarische Waren. — 10. April. „Im Namen der internationalen Flotte, welche die Grossmächte von Europa vertritt“, verkündet der englische Admiral Cecil Burney, als „Kommandierender der internationalen Flotte“, die über

die albanische Küste verhängte Blockade. — 21. April. Der Balkanbund nimmt die Vermittlung der Grossmächte an. Waffenstillstand. — 23. April. Uebergabe von Skutari. Ernste Kriegsabsichten Oesterreich-Ungarns. — 1. Mai. Die tschechische Sozialdemokratie Böhmens demonstriert in 265 Versammlungen gegen den Krieg. — 1. Mai. Friedliche Wendung in der Skutarifrage. — 5. Mai. König Nikolaus von Montenegro hat den Mächten mitgeteilt, dass er zur bedingungslosen Räumung Skutaris bereit sei. Beseitigung der Kriegsgefahr. — 6. Mai. Die tschechischen Parteien des österreichischen Reichsrats protestieren gegen das Eingreifen Oesterreich-Ungarns in die Entwicklung der Verhältnisse am Balkan. — 14. Mai. Die internationalen Truppen unter dem Kommando des englischen Admirals Burney sind in Skutari eingezogen. — 20. Mai. Die Londoner Botschafterkonferenz drängt auf Unterzeichnung des Vorfriedens durch die Verbündeten. — 27. Mai. Im österreichischen Reichsrat findet die Tätigkeit des Chefs des literarischen Bureaus im Auswärtigen Amt schärfste Verurteilung wegen der Irreführung der öffentlichen Meinung durch aufhetzende Nachrichten. — 31. Mai. In London gelangt der Vorfrieden zwischen der Türkei und den Balkanmächten zur Unterzeichnung. — 4. Juni. In Paris tritt die internationale Finanzkonferenz zur Regelung der durch den Balkankrieg geschaffenen Finanzfragen zusammen. — 7. Juni. König Georg von England warnt die Vertreter der Balkanstaaten vor einem Krieg, den er als „ein Verbrechen gegen die Humanität“ bezeichnet. — 11. Juni. Der Zar fordert die Könige von Bulgarien und Serbien auf, ihre Streitigkeiten seiner Schiedsentscheidung zu überlassen. — 13. Juni. Die Grossmächte verlangen die teilweise Abrüstung der Balkanstaaten. — 29. Juni. Beginn der Feindseligkeiten zwischen Serbien und Bulgarien. — 3. Juli. Mobilisierung der rumänischen Armee. — 4. Juli. Abbruch der Beziehungen zwischen Griechenland und Bulgarien. — 11. Juli. Rumänische Truppen überschreiten die bulgarische Grenze. — 19. Juli. Die bulgarische Regierung erklärt sich zu Gebietsabtretungen an Rumänien bereit. — 22. Juli. In einer in Birmingham gehaltenen Rede führt Premierminister Asquith aus, dass die Mächte ihr Möglichstes tun, um die Gegner zur Abhaltung einer Friedenskonferenz zu bewegen. — 30. Juli. Zusammentritt der Friedenskonferenz der Balkanstaaten in Bukarest. — 31. Juli. Beginn eines fünftägigen Waffenstillstandes zwischen den Balkanstaaten. — 4. August. Der Waffenstillstand wird um drei Tage verlängert. — 7. August. Der Präliminarfrieden zwischen den Balkanstaaten wird in Bukarest unterzeichnet. — 10. August. Der Friede zu Bukarest zwischen den Balkanstaaten wird unterzeichnet. Es folgt ein Tedeum. — 30. September. Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen der Türkei und Bulgarien. — 13. November. Der Friede zwischen Griechenland und der Türkei in Athen unterzeichnet.

Totenliste.

Anfang Januar. Graf Leonid Kamarowsky, der bekannte Völkerrechtsgelehrte, starb in Moskau. — 8. Januar. John Lund in Bergen. — 13. Januar. Der Präsident des deutsch-englischen Verständigungskomitees, Dr. v. Holleben, in Charlottenburg. — 30. Januar. Im Haag starb im 81. Jahre der Generalleutnant Den Beer Poortugael. — 27. Februar. In Rom starb im 73. Lebensjahr Graf Angelo von Gubernatis. — 4. April. In München starb Prof. Ritter Emanuel v. Ullmann, der erste Vorsitzende des Verbandes für internationale Verständigung. — 28. Mai. Lord Avebury in London. — 23. Juli. Lehrer Gustav Huh-tala, Präsident des finnländischen Friedensvereines, gestorben. — 29. Juli. Staatsminister Asser im Haag gestorben. — Ende August. Geheimrat Professor v. Bar. — Ende Oktober. In Königsberg starb im 70. Jahre Theobald Rupp. — 15. November. Baron Carlson Bonde, Präsident des XVIII. Weltfriedenskongresses, Mitglied des Berner Bureaus zu Stockholm.



VERLAG DER „FRIEDENS-WARTE“

Expeditionsstelle: Pass & Garleb G. m. b. H.
Berlin W, Bülowstraße 66.

Zur Verbreitung empfohlen:

Internationale Organisation

HEFT 1—8



- Heft 1. The Right Honourable Viscount Haldane, Lordkanzler, „Deutschland und Grossbritannien“. Eine Studie über nationale Eigentümlichkeiten. Festrede, gehalten am 3. August 1911 zur Eröffnung der Sommer-Ferienkurse an der Universität Oxford. Autorisierte Uebersetzung von Dr. Rudolf Eisler. 31 SS.
- Heft 2/3. Rud. Goldscheid, „Friedensbewegung und Menschenökonomie“. 64 SS.
- Heft 4. Alfred H. Fried, „Kurzgefaßte Darstellung der pan-amerikanischen Bewegung“. Vortrag, gehalten in der Wiener Soziolog. Gesellschaft. 36 SS.
- Heft 5. David Starr Jordan, Präsident d. Leland-Stanford-Universität, Kalifornien, „Krieg u. Mannheit“. 30 SS.
- Heft 6. Bertha von Suttner, „Die Barbarisierung der Luft“. 32 SS.
- Heft 7. Geheimrat Prof. Karl Lamprecht, „Die Nation und die Friedensbewegung“. 12 SS.
- Heft 8. Ralph Waldo Emerson, „Ueber den Krieg“. Deutsch von Sophie von Harbou. 28 SS.

Die Sammlung wird fortgesetzt.

Preis jedes Heftes 30 Pf.

Handbuch der Friedensbewegung.

Von
ALFRED H. FRIED.

Zweite, gänzlich umgearbeitete und erweiterte Auflage.

Band I:

Grundlagen, Inhalt und Ziele der Friedensbewegung.

I. Abschnitt: Die Grundbegriffe der Friedensbewegung. — II. Abschnitt: Die realen Grundlagen der Friedensbewegung. — III. Abschnitt: Die Organisation des Weltfriedens. — IV. Abschnitt: Streitlösung ohne Gewalt. — V. Abschnitt: Das Haager Werk. X und 269 Seiten. **Mk. 3.— = Kr. 3.60.**

Band II:

Geschichte, Umfang und Organisation der Friedensbewegung.

VI. Abschnitt: Die Geschichte der Friedensbewegung: (A. Bis zum Wiener Kongress. — B. Vom Wiener Kongress bis zur ersten Haager Konferenz. — C. Von der ersten Haager Konferenz bis zur Gegenwart [1912].) — VII. Abschnitt: Die Friedensbewegung und ihre Organe. (A. Institutionen, Gesellschaften, Stiftungen, Zentralstellen usw., die der Friedensidee dienen. — B. „Wer ist's?“ der Pazifismus. 330 Biographien. — C. Führer durch die pazifistische Literatur.) — Sachregister. — Personenregister. 492 Seiten. **Mk. 5.— = Kr. 6.—.**

Beide Bände (771 Seiten) in einen eleganten
Halbfranzband gebunden **Mk. 10.— = Kr. 12.—.**

Man erhält das Buch in allen Buchhandlungen oder bei der Expeditionsstelle der „Friedens-Warte“ PASS & GARLEB G. M. B. H., Berlin W., Bülowstrasse 66.

Bestellzettel

Abschneiden, auf der Rückseite an eine Buchhandlung oder an die Expeditionsstelle adressieren und mit 3 Pfg. oder 3 Heller frankiert in den Postkasten werfen. Das Nichtgewünschte ist durchzustreichen.

Erbitte per Post — unter Nachnahme — Betrag folgt gleichzeitig — nach Empfang:

Exemplare

.....	Fried, Handbuch der Friedensbewegung.	Bd. I.	Mk. 3.— = Kr. 3.60
.....	—, do.	do.	Bd. II. Mk. 5.— = Kr. 6.—
.....	—, do.	do.	Beide Bände in 1 Halbfrzbd. geb. Mk. 10.— = Kr. 12.—

Datum u.
Adresse

(Unterschrift)